



**Genehmigung und Umsetzung der Notenaustausche
zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme
der Verordnung zur Errichtung von FRONTEX
(Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung von FRONTEX (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands; Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens)

Juli 2007

INHALTSVERZEICHNIS

Ausgangslage	3
1. Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren	3
2. Zusammenfassung der Ergebnisse	3
Anhang:	Liste der Vernehmlassungsadressaten
	5
Liste der eingegangenen Stellungnahmen	
Wird von der Eidgenössischen Zollverwaltung publiziert (www.ezv.admin.ch)	

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung von FRONTEX (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands; Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens)

Ausgangslage

Mit Schreiben vom 20. Dezember 2006 lud das EFD die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, die Dachverbände der Wirtschaft sowie die interessierten Kreise ein, zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend der Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung von FRONTEX (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) Stellung zu nehmen. Die Liste der Vernehmlassungsadressaten findet sich im Anhang.

FRONTEX gehört zu den neuen, von der EU geschaffenen Instrumenten, mit denen die Bemühungen der Mitgliedstaaten im Bereich der Kontrolle der Aussengrenzen koordiniert und unterstützt werden sollen. FRONTEX steht den Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten bei, führt Risikoanalysen durch, unterstützt die Mitgliedstaaten in Situationen, die einen verstärkten technischen und operativen Beistand an den Aussengrenzen erfordern und hilft ihnen bei der Organisation gemeinsamer Rückführungsaktionen. Das Pflichtenheft von FRONTEX dürfte in den nächsten Jahren noch weiter wachsen. Am 11. Juli 2007 verabschiedete die EU eine Verordnung zur Bildung von freiwilligen Soforteinsatzteams zum Schutze der Aussengrenzen (RABIT); FRONTEX muss über den gezielten Einsatz dieser Teams entscheiden. Diese beiden Verordnungen sind eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Die Vernehmlassung bezog sich nur auf die Übernahme der FRONTEX-Verordnung. Im erläuternden Bericht wurde jedoch die bevorstehende Verabschiedung der RABIT-Verordnung erwähnt, und es wurden ihre Grundzüge dargelegt.

1. Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren

Die folgende Übersicht gibt Auskunft über die eingegangenen Stellungnahmen:

	Vernehmlassungsteilnehmer			
	Gesamtzahl angeschriebener Vernehmlassungsadressaten	Keine Stellungnahme	Spontane Stellungnahme	Anzahl eingegangener Stellungnahmen
Kantone*	27	1		26
Politische Parteien	16	11		5
Dachverbände von Gemeinden, Städten und Berggebieten	3	2		1
Wirtschaftsverbände	8	3		5
Interessierte Kreise	2	2		0
Insgesamt	56	19	1	37

2. Zusammenfassung der Ergebnisse

Kantone*

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung von FRONTEX (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands; Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens)

Alle Kantone unterstützen die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend der Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Schaffung von FRONTEX im Sinne einer Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Manche Kantone (SZ, ZG, SH, SG, GR VS und JU) sind allerdings über die finanziellen Auswirkungen besorgt und gehen davon aus, dass die Kosten der Teilnahme der Schweiz voll und ganz vom Bund getragen werden.

Politische Parteien

Die Vorlage wird auch von den Parteien grossmehrheitlich unterstützt. Die CVP erwartet jedoch vom Bundesrat eine klare Haltung, was die zusätzlichen finanziellen Ansprüche der EU an die Schweiz anbelangt. Die FDP unterstützt die Teilnahme der Schweiz an FRONTEX vorbehaltlos. Die SPS beanstandet die zur Verfügung gestellten Unterlagen seien ungenügend, um die Teilnahme der Schweiz an der Agentur gutheissen oder ablehnen zu können. Sie erwartet deshalb vom Bundesrat, dass er dem Parlament in der Botschaft weitere Einzelheiten zum Datenschutz, zur politischen und staatlichen Kontrolle sowie zu den Auswirkungen auf Personal und Material mitteilt. Die SVP stellt sich aus sicherheitspolitischen Überlegungen nicht gegen die Teilnahme der Schweiz an FRONTEX. Sie fordert jedoch mehr Transparenz betreffend die personellen und materiellen Folgen für unser Land. Die CSP verzichtet auf eine Stellungnahme.

Dachverbände von Gemeinden, Städten und Berggebieten

Die Vorlage wird von den genannten Verbänden unterstützt.

Wirtschaftsverbände

Die in die Vernehmlassung einbezogenen Wirtschaftsverbände heissen die Teilnahme der Schweiz an den Aktivitäten von FRONTEX gut.

Weitere, spontane Stellungnahmen

Das Centre Patronal hat keine grundsätzlichen Einwände gegen die Teilnahme der Schweiz an FRONTEX. Die Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe (SFH) ist über die Teilnahme der Schweiz an FRONTEX besorgt. Sie ist insbesondere der Meinung, die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU dürfe sich nicht auf die Umsetzung einer restriktiven Politik beschränken, welche die Menschenrechte und den Schutz der Flüchtlinge gefährde. Sie ist der Auffassung, dass die Rückkehr von Flüchtlingen immer freiwillig erfolgen sollte und würde es begrüßen, wenn sich die Schweiz auf internationaler Ebene dafür einsetzt, dass für die Rückkehr anstelle des polizeilichen Zwangs sanftere Methoden angewendet würden.

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung von FRONTEX (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands; Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens)

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung von FRONTEX (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands; Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens)

Anhang 1

Liste der Vernehmlassungsadressaten

Kantonale Stellen

ZH	Zürich
BE	Bern
LU	Luzern
UR	Uri
SZ	Schwyz
OW	Obwalden
NW	Nidwalden
GL	Glarus
ZG	Zug
FR	Freiburg
OD	Solothurn
BS	Basel-Stadt
BL	Basel-Landschaft
SH	Schaffhausen
AR	Appenzell Ausserrhoden
IV	Appenzell Innerrhoden
SG	St. Gallen
GR	Graubünden
AG	Aargau
TG	Thurgau
TI	Tessin
VD	Waadt
VS	Wallis
NE	Neuenburg
GE	Genf
JU	Jura
Konferenz der Kantonsregieru ngen	

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung von FRONTEX (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands; Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens)

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei
CSP	Christlich-Soziale Partei

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

SSV	Schweizerischer Städteverband
-----	-------------------------------

Gesamtschweizerische Wirtschaftsdachverbände

Economiesuisse	economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
e:	
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SBV	Schweizerischer Bauernverband
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
KV	Kaufmännischer Verband Schweiz

Interessierte Kreise

Weitere, spontane Stellungnahmen

	Centre Patronal
SFH	Schweizerische Flüchtlingshilfe